
FDP Main-Kinzig

FDP-KREISTAGSFRAKTION FÜR AZUBI- WOHNHEIM IM MAIN-KINZIG-KREIS MIT SAUBERER FINANZIERUNG

01.10.2024

Für die FDP-Kreistagsfraktion ist entscheidend, dass der AzubiCampus im Main-Kinzig-Kreis ein eigenständiges, transparentes und finanziell tragfähiges Projekt wird, ohne durch politische Fehlentscheidungen der Vergangenheit belastet zu werden.

Einen Antrag der Kreisregierung aus SPD und CDU musste die FDP-Fraktion am Freitag, den 21.09.2024 im Kreistag daher ablehnen.

„Wir betonen, dass wir den Bau eines AzubiCampus ausdrücklich unterstützen. Das von Landrat Thorsten Stolz vorgestellte Finanzierungskonzept mussten wir im Kreistag jedoch ablehnen“, unterstreicht der finanzpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Kolja Saß.

Der AzubiCampus, der dringend benötigten Wohnraum für Auszubildende schaffen soll, ist ein wichtiges Projekt, das die Freien Demokraten befürworten. Allerdings wendet sich die Fraktion gegen eine Vermischung der Finanzierungspläne mit den Leistungen der AQA (Gemeinnützige Gesellschaft für Arbeit, Qualifizierung und Ausbildung).

„Wie schon Benjamin Franklin sagte: ‚Eine Investition in Bildung bringt immer noch die besten Zinsen‘. Eine solche Investition kann die Schaffung eines Azubi-Wohnheimes, ein AzubiCampus, werden und damit eine wichtige Investition in die Zukunft der Region“, betont Saß und fährt fort: „Junge Menschen, die in ihre Ausbildung investieren, sollten die notwendige Unterstützung erhalten – dazu gehört auch bezahlbarer Wohnraum.“

„An vielen Hochschulstandorten gibt es Wohnheime für Studierende. Die duale berufliche Ausbildung ist aber genauso wichtig wie die Bildung an Hochschulen und Universitäten,“ erklärt Prof. Joachim Fetzer, Vorsitzender der Fraktion, den Ansatz der Freien Demokraten. „Daher sind wir ganz klar für ein solches Projekt. Denn in solchen

Wohneinheiten können Azubis auch voneinander profitieren und die vorgesehene Lage ist top und kann zum Erfolg des Projekts beitragen.“

Scharfe Kritik äußert die FDP-Kreistagsfraktion dagegen an der vorgelegten Finanzierung durch die SPD-CDU-Koalition. „Kalkuliert sind 1,5 Millionen Euro jährliche Erträge, größtenteils durch die Zahlungen der Azubis. Ebenso hoch sind die jährlichen Kosten für Miete und Betrieb. Das wäre ein selbsttragendes Modell“, zeigt Saß auf, dass die Finanzierung des Campus sichergestellt ist.

„Der Landkreis beauftragt zusätzlich zum Wohn-Campus ein pädagogisches Konzept. Nach den aktuellen Planungen kosten diese den Landkreis etwa 800.000 Euro pro Jahr, wovon alleine 200.000 Euro auf das Frühstück entfallen sollen. Dies entspricht in etwa 10.000 Euro pro Auszubildenden und Jahr und steht für uns nicht im Verhältnis zum eigentlichen Ziel, nämlich der Unterbringung von Auszubildenden“, erläutert Saß die Höhe der Kosten, welche zusätzlich durch das pädagogische Konzept entstehen.

Unsere Kritik richtet sich somit gegen die zusätzliche bei der AQA beauftragten Leistungen, welche nicht für die reine Konzeption eines Wohn-Campus notwendig sind. Daher vermuten wir, dass hier ein Wegfall bestehender Aufgaben durch die Auskreisung der Stadt Hanau aus dem Main-Kinzig-Kreis kompensiert werden soll“, präzisiert Saß.

„Es ist bedauerlich, wenn ein Projekt, das sich selbst tragen könnte, durch nicht refinanzierbare Leistungen der AQA belastet wird. Sollen damit politische Fehlentscheidungen der Vergangenheit kaschiert werden?“, hinterfragt der FDP-Fraktionsvorsitzende Fetzner den politischen Hintergrund des aktuellen Vorschlags.

„Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für Auszubildende ist richtig,“ schließen Saß und Fetzner: „Wir stehen hinter dem AzubiCampus. Aber wir lehnen eine unnötige Aufblähung des Konzepts ab.“